

hier kommt nun meine Stellungnahme zu Ihren Fragen, die ganz überwiegend aus landespolitischer Perspektive erfolgt:

1. Welchen Einfluss Sie auf die Landesgesetzgebung nehmen wollen, um zur Verbesserung von Sicherheit, Ordnung, Wohn- und Lebensqualität (u.a. Wiedereinführung von "Sperrstunden") zu ermöglichen und wie Sie mit Fragen zu Verweilverbotzonen und temporärer Videoüberwachung verfahren wollen

Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Bundesland. Die Straftaten sind so niedrig wie seit rund 30 Jahren nicht mehr, die Aufklärungsquote liegt über dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig wissen wir: Objektive Sicherheit und subjektives Sicherheitsempfinden gehen nicht immer Hand in Hand.

Subjektive Unsicherheit entsteht oft dort, wo der öffentliche Raum vernachlässigt wirkt. Dunkle Unterführungen, fehlende Beleuchtung, Vermüllung oder Graffiti. Wenn es so aussieht, entsteht schnell das Gefühl: „Hier kümmert sich niemand.“ Genau hier setzen wir an.

Unser Ansatz lautet: Präsenz statt Symbolpolitik. Vermüllung stoppen wir nicht durch flächendeckende Videoüberwachung – sie bringt präventiv nichts, wenn nicht rund um die Uhr jemand in Echtzeit eingreift. Das hat auch das sechsmonatige Projekt in Ludwigshafen gezeigt, bei dem lediglich ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet wurde. Stattdessen setzen wir auf Müllmelde-Apps, häufigere Streifen von Polizei und Kommunalem Vollzugsdienst sowie auf Sensibilisierung der Bevölkerung. Sichtbare, ansprechbare Einsatzkräfte vor Ort stärken Vertrauen und Sicherheit deutlich mehr als Kameras.

Videoüberwachung – ob gegen Müll oder an öffentlichen Plätzen – ist für uns kein Allheilmittel. Wir setzen auf kriminalpräventive Räte und den engen Austausch vor Ort zwischen Polizei, Politik und weiteren Akteur*innen, um Problemlagen gezielt zu lösen. Die Zusammenarbeit zwischen der Polizei, dem Ordnungsamt, dem Kriminalpräventiven Rat und den Einwohnern vor Ort klappt in Koblenz, meines Erachtens gut. Ich werde mich dafür einsetzen, dass dies auch so bleibt und die Interessen der Anwohner der Altstadt gehört werden.

Instrumente wie Sperrstunden oder Verweilverbotzonen können in klar belegten Problemlagen in Betracht gezogen werden, aber nur als letztes Mittel. Sie greifen tief in Freiheitsrechte ein und müssen daher zeitlich befristet und verhältnismäßig sein. Aber auch hier wurden bereits positive Erfahrungen in Koblenz bei zeitlich begrenzten Verweilverboten, bspw. auf dem Münzplatz gemacht.

2. welche Ideen Sie in den Bereichen Zivilschutz (Schutzräume / Angriffe Infrastruktur u.v.m.) und Schutz der Kulturgüter voranbringen möchten

Wir fördern Maßnahmen für einen modernen Zivilschutz und setzen uns auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für eine stärkere Verzahnung und Zusammenarbeit von Zivil- und Katastrophenschutz ein. Für den Schutz kritischer Infrastrukturen (KRITIS) setzen wir auf Mindeststandards für die Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen und lebenswichtigen Gütern und Leistungen sowie ressortübergreifende und umfassende Schutzkonzepte.

Statt langwierige und kostenintensive Neubauten von Bunkeranlagen voranzutreiben, fordern wir pragmatische, dezentrale Lösungen: Bestehende Infrastruktur wie Tunnel, U-Bahnhöfe, Tiefgaragen oder Keller öffentlicher Gebäude können mit überschaubarem Aufwand ertüchtigt und im Krisenfall als Schutzräume nutzbar gemacht werden.

Wir unterstützen zudem die Forderung aus der Enquete Kommission 18/1 „Zukunftsstrategien zur Katastrophenvorsorge“ des Landtags Rheinland-Pfalz nach sogenannte Katastrophenschutz-Leuchttürme: Dezentral eingerichtete, gut sichtbare und ausgestattete Anlaufstellen – etwa in Sporthallen, Gemeindehäusern oder Kirchen – die im Ereignisfall als Informations-, Versorgungs- und Koordinationspunkte dienen. Sie sollten mit grundlegender Infrastruktur, insbesondere Notstromanschlüssen, ausgestattet und auf verschiedene Großschadenslagen wie Extremwetter, Hochwasser oder längerfristige Stromausfälle vorbereitet sein.

Zudem müssen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort wissen, wie sie handeln müssen. Daher setzen wir auf eine gute und vorsorgliche Information von Bürgerinnen und Bürgern, damit diese im

Katastrophenfall wissen, wie zu handeln ist. Schliesslich setzen wir auf Zivilschutzbildung an den Schulen.

3. Tourismus prägt die Stadt und die Region. Trotzdem darf Leben und Wohnen dem nicht allein untergeordnet werden. Wie sollte und könnte die Landespolitik (z. Bsp. Beschränkung der Umwidmungen von Wohnraum in Ferienwohnungen) hier regulierend eingreifen?

Wenn Wohnungen dauerhaft als Ferienwohnungen genutzt werden, verschärft das die ohnehin schon angespannte Situation am Wohnungsmarkt. Die Landesregierung hat deshalb bereits unter grüner Beteiligung auf diese Problematik reagiert und das Landesgesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum – kurz auch Zweckentfremdungsgesetz – erlassen. Damit können Städte und Gemeinden die Zweckentfremdung von Wohnraum verbieten. Dazu gehört zum Beispiel auch die Vermietung als Ferienwohnungen, aber auch die Nutzung für gewerbliche Zwecke und vor allem längerer Leerstand. Die Voraussetzungen dafür sind allerdings noch hoch, da es der Feststellung eines „angespannten Wohnungsmarktes“ bedarf. Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, die Voraussetzungen herabzusetzen.

4. Wäre dies auch im Rahmen der Umwandlung von Büroraum in Wohnraum vorstellbar?

Dies ist wesentlich schwieriger, weil hier der Bestandsschutz (wie auch bei bereits bestehenden Ferienwohnungen) trägt. Hierfür bedarf es kommunalen Konzepten und Förderungen. Für solche werde ich mich einsetzen.

5. Welche Möglichkeiten sehen Sie herausragende Denkmäler der Altstadt (Alte Burg, Münzmeisterhaus, Florinskirche) in Sanierungsfragen umfänglicher finanziell zu unterstützen

Durch denkmalschutzrechtliche Vorgaben entsteht häufig ein Mehraufwand bei Sanierungs- und Restaurierungsarbeiten. Um diesen Mehraufwand auszugleichen, fördert das Land den Erhalt und die Sanierung von Kulturdenkmälern. Im vergangenen Jahr standen für diesen Zweck rund 5,4 Millionen Euro zur Verfügung. Einer Erhöhung der Mittel stehen wir positiv gegenüber. Denn herausragende Denkmäler sollten nicht nur aus kulturellen und historischen Gründen erhalten bleiben. Sie erhöhen auch die Attraktivität unserer Innenstadt und können durch innovative Nutzungskonzepte neues Leben an altbekannten Orten hervorbringen.

6. wie könnte organisatorisch und personell die Polizei gestärkt werden, um lokale Probleme (Bestreifung in der Nacht, Kontrolle der Poserszene und Rollerfahrer usw.) besser zu handeln

Um lokale Sicherheitsprobleme wie nächtliche Bestreifung, die Kontrolle der Poserszene oder von Rollerfahrerinnen und -fahrern wirksam zu adressieren, setzen wir auf eine kluge Mischung aus guter Personalplanung, klarer Aufgabenverteilung und sichtbarer Präsenz vor Ort.

Zunächst gilt: Mit über 10.000 Polizeikräften ist die Polizei Rheinland-Pfalz personell solide aufgestellt. Entscheidend ist jedoch nicht nur die Zahl, sondern eine langfristige, wissenschaftlich begleitete Gesamtpersonalplanung, die alle Bereiche einbezieht – uniformierte Kräfte ebenso wie Spezialkräfte, Tarifbeschäftigte und Verwaltungskräfte. Gerade letztere spielen eine zentrale Rolle: Sie entlasten Polizeibeamt*innen von polizeifremden Aufgaben und sorgen dafür, dass mehr Kräfte tatsächlich für operative Aufgaben wie Streifendienst und Präsenz im öffentlichen Raum zur Verfügung stehen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns auf dem Bezirksdienst. Er ist das Aushängeschild der Polizei nach außen und zentral für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Das Berufsbild des Bezirksdienstes wurde in Rheinland-Pfalz neugestaltet. Unser Ziel ist es, den Bezirksdienst zu stärken und noch sichtbarer auf der Straße zu machen. Er soll als niedrigschwelliges, ansprechbares Angebot für die Menschen vor Ort wirken und frühzeitig Spannungen oder Problemlagen erkennen. Präsenz schafft Sicherheit, aber vor allem durch Dialog und Prävention.

Gleichzeitig ist für uns klar: Sicherheit ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Der kommunale Vollzugsdienst (KVD) steht gleichberechtigt an der Seite der Polizei. Durch proaktive Streifen trägt auch der KVD zur

lokalen Sicherheit bei, etwa bei ordnungsrechtlichen Verstößen oder im Bereich der Poserszene. Die Dienst- und Personalaufsicht liegt dabei bei den Kommunen. In Koblenz etwa durchläuft der KVD eine dreijährige Ausbildung – das sorgt für hochqualifizierte Kräfte, die die spezifischen Belange vor Ort kennen und professionell bearbeiten können.

7. welche Ideen (Sonderprogramme) können Sie sich vorstellen, die Nahversorgung (z.B. Lebensmittel) aufrecht zu erhalten, respektive zu verbessern. Sollte nicht ein besonders starkes Augenmerk auf die dezentralen Gesundheitsversorgung gelegt werden?

Bei der Nahversorgung muss unterschieden werden zwischen der Stadt und dem ländlichen Raum. Bezogen auf Koblenz ist die Situation mit Nahversorgern gut, insbesondere in der Altstadt. Im ländlichen Raum gibt es Konzepte von Bürgerläden oder ähnlichem, die dort Nahversorgung (wieder)herstellen. Solche Projekte finde ich unterstützungswürdig. Konkrete Pläne für Sonderprogramme gibt es derzeit nicht.

Hinsichtlich der dezentralen Gesundheitsversorgung ist Koblenz auch anders zu bewerten als beispielsweise der ländliche Raum.

In Koblenz ist die Gesundheitsversorgung sehr gut und durch die Neuaufstellung des Gemeinschaftsklinikums und der Weg zur Einstandortlösung ist die Gesundheitsversorgung in Koblenz auch zukünftig gesichert.

Im ländlichen Raum ist es umso notwendiger die im Bund beschlossene Krankenhausstrukturreform umzusetzen. Es wird damit ein Einstieg in die sektorenübergreifende und integrierte Gesundheitsversorgung ermöglicht. Dies bedeutet, dass sowohl die ambulante und stationäre Versorgung als auch die Gesundheitsförderung und Prävention, Rehabilitation, Pflege, Arzneimittelversorgung, soziale und kommunale Angebote sowie die Palliativversorgung miteinander verknüpft werden. Wir wollen die Reform schnellstmöglich in RLP umsetzen.

Unser Ziel ist es, Menschen immer zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort zu behandeln. Dort, wo jetzt schon eine Versorgungslücke besteht oder Krankenhäuser wegfallen, sollen „Regiokliniken“ entstehen, die ambulante, stationäre und pflegerische Angebote vereinen.

8. wie wollen / können Sie die Anstrengung zur klimaresilienten Stadt unterstützen? Wäre es nicht effektiver, wenn Kommunen ihren tatsächlichen Bedarf refinanziert bekämen und nicht allein auf Förderbescheide abstellen müssten?

Wir GRÜNEN haben erreicht, dass das novellierte Landes Klimaschutzgesetz Rheinland-Pfalz auf einen verbindlichen Minderungspfad bis zur Treibhausgasneutralität 2040 festlegt – mit klaren Sektorzielen und Zwischenzielen für 2030 und 2035.

Ebenso haben wir mit dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation, kurz KIPKI ein Förderprogramm für Kommunale Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz geschaffen, mit dem jede Kommune - gemessen an der Einwohnerzahl - einen bestimmten Betrag erhalten hat. Koblenz hat hierbei für Klimaschutz und Klimaanpassung 4,98 Mio € erhalten, die ohne Eigenanteil investiert werden konnte. Wir werden ein KIPKI 2.0 Programm schaffen, um Klimaschutz- und anpassungsmassnahmen in den Kommunen zu fördern und damit zu sichern, dass Mittel vor Ort tatsächlich für solche Massnahmen ausgegeben werden.

9. wie wollen Sie die laufenden Planungen des Innenstadtmanagements und des Stadtmarketings flankierend begleiten?

Das integrierte Stadtentwicklungskonzept ISEK "Lebendige Innenstadt" bietet tolle Chancen für Koblenz. Ich stehe mit den zuständigen Mitarbeitern bei der Stadt in regelmäßigem Austausch und

werde mich gemeinsam mit der Grünen Ratsfraktion dafür einsetzen, dass die Chancen des ISEK für Innenstadt und Altstadt genutzt werden.

(Wir haben uns als Grüne und ich ganz persönlich in der Vergangenheit sehr für den Erhalt des Garten Serlet stark gemacht).

10. Was sollten Wählerinnen und Wähler über mich wissen?

Ich arbeite seit vielen Jahren kommunalpolitisch und bin seit fünf Jahren Landtagsabgeordneter. Diese Erfahrung prägt meinen Blick: Politik muss nah an den Menschen sein und zugleich tragfähige Entscheidungen für das ganze Land treffen. Als Parlamentarischer Geschäftsführer unserer Fraktion trage ich Mitverantwortung dafür, dass wir geschlossen handeln und politische Vorhaben verlässlich voranbringen. Als innen- und demokratiepolitischer Sprecher stehe ich für einen handlungsfähigen Rechtsstaat und eine starke, lebendige Zivilgesellschaft.

Mich motiviert, Verantwortung zu übernehmen und Vertrauen zu stärken. Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Demokratieschutz gehören für mich zusammen. Ich will, dass Rheinland-Pfalz entschlossen weiter vorangeht – mit starken Kommunen, guter Bildung, bezahlbarem Wohnen und konsequentem Klimaschutz.

Koblenz braucht eine starke grüne Stimme im Landtag. Ich stehe für lebendige Demokratie, entschlossenen Klimaschutz und mehr soziale Gerechtigkeit. Im Land setze ich mich für eine stabile Finanzierung unserer Stadt, gute Bildung mit verlässlicher Schulsozialarbeit sowie für moderne Mobilität mit sicheren Radwegen und starkem ÖPNV ein. So stärken wir Koblenz aus Mainz heraus und gestalten die Zukunft unserer Stadt aktiv.

11. Persönliche Informationen über mich:

Carl-Bernhard von Heusinger, 57, geschieden, zwei Kinder. Rechtsanwalt. Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit 2009. 2019–2021 Fraktionsvorsitzender im Koblenzer Stadtrat, seit 2019 Stadtratsmitglied. Seit 2021 Landtagsabgeordneter in Rheinland-Pfalz, seit 2023 Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen Fraktion. Sprecher für Inneres, Rechts- und Demokratiepoltik sowie Katastrophenschutz.

12. Wahlaufuf

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Gehen Sie am 22.3. wählen und machen Sie von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch. Und ich bitte Sie, wählen Sie eine demokratische Partei. Demokratie, unsere Freiheit und unsere Grundrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie zu Schützen bedarf der Mitwirkung von uns allen. Und unsere Demokratie lebt davon, dass man Demokratinnen und Demokraten wählt und nicht eine Partei, die unsere Demokratie mit Füßen tritt und als gesichert rechtsextrem eingestuft wurde.

Ich würde mich natürlich freuen, wenn Sie die Zweitstimme den Grünen geben würden. Und gerne auch mir Ihre Erststimme.

Mit freundlichen Grüßen

Carl-Bernhard von Heusinger (MdL)
Parl. Geschäftsführer
Sprecher für Inneres und Justiz
B90/ Die Grünen im Landtag
Kaiser-Friedrich-Str. 3
56116 Mainz